

Rheinhausen / Rumeln-Kaldenhausen

Wahlprogramm 2020 – 2025

**Rheinhausen / Rumeln-Kaldenhausen
2020/2025
- ein Stadtbezirk hat Zukunft**

Inhalt	Seite
Vorwort	3
Kernaussagen	4
Stadtentwicklung	4
Wohnungsbau	5
Gewerbe und Industrie	5
Handel	6
Handwerk	7
Ökologie und Naturschutz	7
Verkehr	7
Fußgänger-Verkehr	8
Radverkehr	8
PKW-Verkehr	9
LKW-Verkehr	9
Ruhender Verkehr PKW	9
Ruhender Verkehr LKW	9
Öffentlicher Personen-Nahverkehr	9
Busse	10
Bahn	10
Koordinierung und Verknüpfung der Verkehre	10
Infrastruktur	10
Straßen	11
Brücken	10
Öffentliches Grün	11
Kindertagesstätten	11
Schulen	11
Senioreneinrichtungen	12
Integration	13
Gesundheit	14
Sport	14
Freizeit	15
Sicherheit	15
Feuerwehr	15
Polizei	16
Denkmalschutz	16

Rheinhausen/Rumeln-Kaldenhausen 2020/25

- ein Stadtbezirk hat Zukunft

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, hallo Nachbarn, liebe Freunde,

viele Dinge haben Sie, haben uns in den letzten Monaten und Jahren beschäftigt. Sie haben sich aufgeregt über kaputte Straßen, dreckige Ecken, lästige Lkw-Verkehre, grenzwertige Schulgebäude, unsichere Situationen.

Sie haben sich aber sicherlich auch gefreut über Dinge, die sich verbessert haben.

Über das neue Glückauf-Gesundheitszentrum zum Beispiel, den neuen Kindergarten an der Schwarzenberger Straße, den furiosen Wandel der Kaldenhausener Ruinen in einen bald blühenden Wohnpark. Vielleicht waren Sie angenehm überrascht, als die CDU die Senioren-Begegnungsstätten an der Hans-Böckler-Straße und der Martinstraße rettete. Und das Lurch-Mosaik aus dem Hallenbad, das heute das Gesundheitszentrum schmückt. Dass der unselige Kanal-TÜV vom Tisch ist, in Hochemmerich wieder eine Weihnachtsbeleuchtung erstrahlt und es vor dem Kindergarten in Kaldenhausen eine Verkehrsberuhigung gibt. Erinnern Sie sich an die Versetzung, Sanierung und Wiederherstellung des Mahnmals Julius Leber, die Schaffung des Gedenksteins Alfred Hitz, die Einrichtung von Gedenkplaketten an Straßenschildern für Menschen, die sich gegen das Nazi-Regime gewehrt haben, an die Pflege der „Stolpersteine“?

Für alle diese Dinge steht die CDU, nicht nur hier hat sie erfolgreich für die Bevölkerung gearbeitet. Doch wir bleiben nicht stehen. Wir stellen uns Fragen, unentwegt, viele Fragen!

Was nervt, was macht Angst, was ist falsch, was fehlt, was wurde vergessen? Wie wollen wir künftig in Rheinhausen, in Hochemmerich, Friemersheim, Bergheim, Asterlagen und Rumeln-Kaldenhausen leben, wohnen und arbeiten? Wie können wir uns den Herausforderungen stellen, die mit sich verändernden Umwelt- und Klimabedingungen, gesellschaftlichen Entwicklungen, Konsumverhalten und Arbeitswelten verbunden sind?

Mit Blick auf die nächsten fünf Jahre legen CDU Rheinhausen und CDU Rumeln-Kaldenhausen politische Aussagen und Ziele fest. Gerade im kommunalpolitischen Bereich sind Programme und Strategien in Bewegung, stets zu aktualisieren. Aus diesem Grunde sieht die CDU die vorliegende Arbeitsskizze als „lebendes Pflichtenheft“ mit Stand 2020 an.

Wie und wo ist die CDU für Sie da? Die Arbeit beginnt überall im Bezirk „vor Ort“. Hier findet das Leben statt, hier gibt es Sorgen und Wünsche. Die Mitglieder und Freunde der CDU transportieren diese über die von Ihnen gewählten Volksvertreter in die Gremien. Da gibt es Ihre CDU-Bezirksvertreter und -vertreterinnen. Die setzen sich im Rathaus am Körnerplatz in den Sitzungen der Bezirksvertretung dafür ein, dass Ihre Anliegen bearbeitet werden. Und da gibt es Ihre CDU-Ratsherren und -frauen, die „drüben“ im Stadtrat insbesondere für die größeren und auch überörtlichen Dinge zuständig ist. Wenn wir in unseren Ausführungen von „CDU“ sprechen, ist immer das CDU-Team insgesamt gemeint.

Kernaussagen

Unsere Kernaussagen für die nächsten fünf Jahre sind:

- **Verbesserung der Wohnsituation für alle Bevölkerungsgruppen,**
- **Bessere Bedingungen für Familien und generationsübergreifendes Wohnen**

- **Förderung des individuellen Bauens gegenüber großen Bauträgermaßnahmen**
- **Mehr Bauen im Bestand und schonender Umgang mit Grund und Boden**
- **Rückbau nicht benötigter versiegelter Flächen zu Lebensräumen für Pflanzen, Tiere, Klima**
- **Erhalt und Ausbau von Freiraum und Grünflächen**
- **Wohnungsnaher Versorgung der Bevölkerung – „Stadt der kurzen Wege“**
- **Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen**
- **Erhalt und Stärkung der mittelständischen Unternehmen**
- **Steuerung des Verkehrs für weniger Staus durch intelligentes Verkehrsmanagement**
- **Konzepte für den Schwerlastverkehr in Rheinhausen**
- **Straßen in einem ordentlichen Zustand**
- **Stärkung des Radverkehrs**
- **Attraktiver Öffentlicher Personennahverkehr für Bus und Bahn**
- **Mehr Kindertagesstätten für alle Kinder und ausreichend Personal**
- **Bessere Ausstattung der Schulen**
- **Sicherheit im öffentlichen Raum**
- **Stärkung von Polizei, Feuerwehr und Rettungswesen**

Wenn Sie mehr wissen wollen, haben wir nachstehend die einzelnen Arbeitsfelder umfangreich ausformuliert.

Stadtentwicklung

Welche Flächen werden künftig zur Verfügung stehen, wie wird deren Nutzung aussehen? Umweltschutz, Klimawandel, und Digitalisierung haben bereits jetzt Einzug in unser Denken und Handeln gehalten und werden künftig Planung entscheidend mitbestimmen. Stadtentwicklung und Stadtplanung werden deshalb einen Prozess von Veränderungen und Anpassungen erfahren.

Die Verknappung der Ressourcen, die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums, wirtschaftliche Krisen, Kosten des Wohnens, die Mobilitätswende, der Strukturwandel, das Einkaufsverhalten (Stichwort Online-Handel) sowie Migrationsbewegungen und Bevölkerungsveränderungen werden Stadtentwicklung und Stadtplanung mehr als bisher beeinflussen. Politik – auch die Politik vor Ort – muss darauf reagieren, Antworten, Lösungen finden. Täglich verstoßen wir gegen den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Diese Einstellung muss überdacht und an die sich verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Deshalb sagt die CDU: Stadtentwicklung und Stadtplanung haben einen ganz wesentlichen Beitrag zu liefern, wenn es darum geht, die Grundlage unserer Lebensbedingungen – auch und gerade in Rheinhausen – zu erhalten.

Die CDU bewertet im Rahmen eines infrastrukturell sinnvollen, ökologisch vertretbaren und demographisch angepassten Entwicklungskonzepts die Bebauungsaktivitäten in Rheinhausen als eine ergänzende und sorgfältige Umsetzung von Forderungen und Neuerungen.

In den Ortsteilen gilt es, der Alterung entgegen zu wirken und Kaufpotential zu binden. Neubaugebiete müssen deshalb auch für junge Familien attraktiv und bezahlbar sein. Eine hochwertige, individuelle Bebauung sollte im Vordergrund stehen. Natürlich sind auch Baulücken zu schließen. Dabei ist besonders auf die äußere Gestaltung der neuen Häuser zu achten, damit diese sich in das bestehende Straßenbild einfügen und die betroffene Straße sich zu einem harmonischen Ganzen entwickelt. Bei allen Baumaßnahmen ist der Natur Rechnung zu tragen, umweltschonende Fuß- und Radwege sind in das Verkehrsnetz einzufügen. Ökologisch wertvolle Gebiete sind zu schützen, unnötiger Geländeverbrauch zu vermeiden. Zuerst müssen Brachen/Ruinengrundstücke, mithin versiegelte Flächen freigeräumt und neu bebaut werden.

Beispiel WOMA-Kärcher-Areal: Hier ein Unternehmen, dort eine Sportanlage. Die ersten Wünsche für eine Betriebserweiterung stammen aus dem Jahr 2008, der Sportverein hat das Gelände 2015 verlassen. Hier könnten neue Arbeitsplätze für Rheinhausen entstehen, ohne dass anderenorts Fläche verbraucht wird

Die CDU sieht Neubaumaßnahmen Rumeln-Kaldenhausen, Bergheim und Friemersheim als vertretbar und akzeptabel, zur Verbesserung der Wohnversorgung und zur Stärkung der Infrastruktur.

Wohnungsbau

Ziel ist die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum. Dabei sind demographische und ökologische Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Die weitere Inanspruchnahme von Freiflächen und Außenbereichsflächen ist kritisch zu prüfen. Vorrang sollten Um- und Neunutzung bereits bebauter Bereiche sowie eine behutsame Nachverdichtung des Bestands durch Aufbauten, Anbauten und Einfügen von neuen Gebäuden haben.

Beispiel Quartier Schwarzenberger Straße/Friedrich-Ebert-Straße: Die CDU hat diesen Bereich bereits thematisiert und in die öffentliche Diskussion eingebracht. Sie wird den Prozess der Umgestaltung/Umnutzung zu einem attraktiven Ort konstruktiv begleiten. Kein weiterer vernachlässigter Ort in Rheinhausen.

Arrondierungen in Außenbereichsflächen sollen sich an zukunftssträchtigen ökologischen und energetischen Standards orientieren. Bebaubare Außenbereichsflächen sind Areale südlich der Rathausallee, das Burgfeld und der Bogen Dahlingstraße.

Gewerbe und Industrie

Im Stadtbezirk Rheinhausen gibt es nicht genügend Gewerbeflächen. Die Gewerbegebiete Logport und Mevissen sind voll, in Hohenbudberg gibt es noch wenige Flächen. Im Businesspark Asterlagen werden etwa 60.000 qm nach wie vor nicht genutzt. Die Ansiedlung des geplanten China Trade Centre Europe verzögert sich oder ist ungewiss. Das blockiert eine dringend gebotene Entwicklung und Vermarktung für andere Firmen und damit Arbeitsplätze in Rheinhausen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten der vorhandenen Betriebe müssen durch Bereitstellung von geeigneten Flächen gefördert und gesichert werden.

Die Arbeitslosenquote im Stadtgebiet ist immer noch vergleichsweise hoch. Die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen steht weiterhin im Zentrum aller Bemühungen. Die CDU wendet sich daher gegen alle Maßnahmen, Gewerbeflächen zu reduzieren, entweder durch Aufgabe oder Umwandlung in andere Nutzungen. Ziel müssen sowohl Erhalt und Sicherung der Entwicklung vorhandener Unternehmen als auch die Ansiedlung neuer Unternehmen sein. Das Angebot für ansiedlungswillige kleinere und mittlere Handwerksbetriebe darf nicht verringert, sondern muss erweitert werden. Da die Gewerbe- und Industrieflächen im Bezirk Rheinhausen weitestgehend genutzt werden, setzen wir den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Forderungen auf die Vermittlung von Standorten von kleinen und mittleren Unternehmen und auf eine aktive, Ergebnisse liefernde Gesellschaft für Wirtschaftsförderung.

Die gewerbliche Wirtschaft muss akzeptable Rahmenbedingungen behalten, um auch künftig eine angemessene Anzahl an Arbeitsplätzen anbieten zu können. In diesem Zusammenhang ist die Höhe der Gewerbesteuer stadtweit auf den Prüfstand zu stellen. Es ist wichtig, dass ausreichend Konsum- und Steuerkraft im Bezirk erzeugt wird.

Beispiel Alte Krupp-Verwaltung: Die Gebäude der ehemaligen Krupp-Verwaltung stehen schon seit langem im Fokus von Planung und Investoren, ohne dass bislang ein entscheidender Durchbruch erzielt wurde. Hier steckt noch Potential für neue Arbeitsplätze. Auch eine Wohnentwicklung ist möglich. Diesbezügliche Investorenanfragen und Planungen hat es bereits gegeben. Hauptaugenmerk liegt auf dem als Glaskasten bekannten Gebäudeteil, dessen Zustand einer neuen Nutzung im Wege steht und abgerissen werden sollte. Die CDU wird die Entwicklung dieses vernachlässigten Ortes kritisch und konstruktiv begleiten.

Handel

Rheinhausen ist zum jetzigen Zeitpunkt in der Nahversorgung recht gut ausgestattet, Ausnahme Friemersheim. Das Hauptaugenmerk sollte zuerst einmal auf der Weiterentwicklung und -erweiterung der schon bestehenden Märkte/Standorte erfolgen. Der Wunsch der Handel-Manager nach stets größeren Verkaufsaggregaten und das Anliegen der (immer älter werdenden) Menschen auf wohnortnahe Versorgung zumindest mit Gütern des kurzfristigen Bedarfs müssen immer wieder ganz individuell in Einklang gebracht werden. Starre und veraltete Einzelhandelskonzepte helfen da nicht weiter. Für den Bereich Friemersheim beispielsweise gilt, dass neue Verkaufseinheiten für den kurzfristigen Bedarf (Vollversorger), wenn sie denn Freiflächen belegen wollen, nur dann möglich sind, wenn parallel dazu größere Siedlungen geschaffen werden.

Verbraucher- und Einkaufsverhalten haben sich verändert. Konzentrationen im Einzelhandel und der Rückgang von Inhaber geführten Geschäften sind nur zwei Aspekte dieser Entwicklung. Der Einzelhandel hat sich erkennbar gewandelt, der Onlinehandel wird weiter zunehmen. Bislang wird der Einzelhandel immer noch als attraktives Merkmal für Zentren jedweder Art angesehen. Doch der Rückzug der Geschäfte, die Ausdünnung des Sortiments oder die Erreichbarkeit geben eine andere Richtung vor. Zentren wie Hochemmerich müssen wieder belebt und gestärkt werden. Ihre Erreichbarkeit muss gewährleistet und verbessert werden. Vorliegende Einzelhandels- und Steuerungskonzepte sind umzusetzen.

Handwerk

Das Handwerk leidet seit einigen Jahren an zwei Problemen: mangelnder Nachwuchs und oft auch nicht geeignete Standorte. Ersteres ist zum einen dem Bildungssystem geschuldet, das seit längerem eher auf höherwertige und Universitätsabschlüsse setzt. Zum anderen ist das Ansehen von Handwerksberufen deutlich geringer. Auch erscheinen Bezahlung, körperliche Anforderungen und Arbeitszeiten nicht attraktiv. Eine weitere Akademisierung wird zu einem Rückgang der Ausbildung in Handwerksberufen und zu einer Unterversorgung mit Handwerksleistungen führen.

Bei der Standortfrage ist darauf zu achten, dass die Betriebe ein ausreichendes Flächenangebot bekommen und das möglichst ohne Störung sensibler Nachbarschaft. Ein funktionierendes Gemeinwesen ist auf Handwerksbetriebe angewiesen.

Ökologie und Naturschutz

Ökologie und Naturschutz sind keine Themen, die von Parteien exklusiv gepachtet werden können. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein Grundanliegen der CDU. Ihr Handeln muss sich daran orientieren.

Die von Menschen verursachten Veränderungen bei Umwelt, Natur und Klima sind nicht zu übersehen. Verhaltensweisen müssen sich ändern. Liebgewordene Gewohnheiten müssen überdacht werden. Umweltschutz kostet Geld. Doch je länger damit gewartet wird, umso höher werden die Kosten sein.

Kommunalpolitik kann auf globale Prozesse und Entwicklungen nicht einwirken.

Veränderungen müssen aber in vielen kleinen Bereichen und Schritten greifen:

- Keine Flächenversiegelung, wo die Notwendigkeit dafür nicht besteht.
- Entsiegelung von Flächen, die für andere Nutzungen nicht (mehr) benötigt werden.
- Anlegen von Blühflächen für Insekten.
- Schaffung von Rückzugsräumen für Kleinlebewesen.
- Schaffung von Biotopverbundsystemen.
- Keine Versiegelung oder Verschotterung von Vorgärten.
- Gestaltung von Hausgärten mit heimischen Gewächsen und Rückzugsorten für Tiere.
- Dach- und Fassadenbegrünung.
- Vermeidung und Reduzierung von Hitzeinseln zur Begrenzung urbaner Temperaturen.
- Reduzierung von Lichtverschmutzung.

Verkehr

Der Stadtbezirk Rheinhausen besitzt aus Verkehrs- und logistischer Sicht eine national/international überragende Bedeutung. Auf den Logport-Arealen I und III wird ein wesentlicher Teil der Fracht, die von der Duisburger Hafen AG umgeschlagen wird, empfangen, veredelt, portioniert und versendet.

Durch den Umbau der Krupp-Brache zum Logistikstandort haben sich - trotz der anerkanntswerten Trimodalität (Wasser, Schiene, Straße) - die Verkehre vermehrt. Es bedarf daher der umgehenden Vorlage des seit Jahren angemahnten Gesamtverkehrskonzeptes durch die Stadt Duisburg.

Insbesondere die Weiterführung der Osttangente bis zur A 40 - die auf Initiative der CDU Rheinhausen im Duisburger Stadtrat mehrheitlich beschlossen wurde - ist hier ein wichtiger Baustein.

Die heutige L 473n verringert die Belastungen der Hohenbudberger Straße, des Schelmenwegs, der Krefelder Straße wie auch der Jägerstraße. Dennoch sind diese Straßenabschnitte weiter zu beobachten.

Zur Verbesserung des Lärmschutzes in den Wohnquartieren müssen dauerhaft die Fahrbahnbelege, insbesondere die der Durchgangsstraßen, instandgesetzt sein.

Das Lenkungssystem der Lkw-Verkehre ist stetig zu aktualisieren. Mithin hat die Behandlung des fließenden und ruhenden Verkehrs mit Augenmaß, aber konsequent zu erfolgen. Eine zentrale Forderung der CDU ist ein LKW-Autohof für Rheinhausen. Für den Stadtbezirk hat ein Verkehrs-Masterplan bei gleichzeitiger Abbildung von verkehrsberuhigten Wohnquartieren diesen Vorgaben in möglichst allen Punkten zu folgen.

Das Bus-System muss sich auch in Zeiten knapper Kassen den Anforderungen insbesondere der nicht mobilen Bevölkerungsschichten (Schüler, Senioren) anpassen. Der Netzplan des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs muss so aufgestellt sein, dass die Bevölkerung vorgibt, wo sie hin will und nicht, wo sie hin zu fahren hat!

Die Bahn-Angebote in Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen sind zu sichern, die dortigen Rahmenbedingungen sind aktuellen Herausforderungen anzupassen (behindertengerechte Gesamtsituation, Sicherheit durch Überwachung).

Besonderes Augenmerk der CDU gilt der Park- & Ride Situation in Rheinhausen. Die Anbindung per Zug von und nach Rheinhausen ist immer wichtiger geworden. Deshalb fordert die CDU die Weiterentwicklung des Umfeldes des Friemersheimer Bahnhofs in den Bereichen von Windmühlenstraße und Behringstraße. Die Interessen der Anwohner und der Bahnkunden sind aufeinander abzustimmen.

Der Umbau/Ausbau des Trompeter Bahnhofs ist für die Bevölkerung von hoher Bedeutung. Insbesondere für Pendler müssen geeignete und ausreichende Flächen zur Verfügung stehen. Das ist nach wie vor nicht der Fall. Die CDU-Fraktion erwartet von der Verwaltung die Umsetzung der gewünschten Maßnahmen (P+R-Anlage, Umbau Haltepunkt, Elektro-Ladestation).

Fußgänger-Verkehr

Der fußläufige Verkehr stellt immer noch einen hohen Anteil am gesamtstädtischen Verkehr. Sicherheit und Leichtigkeit des Fußgängerverkehrs müssen gewährleistet werden. Stärkere Verkehrsteilnehmer haben Rücksicht zu nehmen. Wo dies nicht in ausreichendem Maße geschieht, müssen die anderen Verkehrsarten durch geeignete Maßnahmen eingeschränkt werden. Dies gilt insbesondere für das Parken auf Gehwegen.

Radverkehr

Der Radverkehr ist insbesondere auf kürzeren Strecken eine Alternative zum motorisierten Verkehr. Auch neue Technologien wie E-Bikes haben das Radfahren attraktiver gemacht. Ziel muss sein, die Verkehrsinfrastruktur an die geänderten Verhaltensweisen anzupassen, um den Radverkehr weiter zu fördern und sicherer zu machen.

Schwerpunkte werden dabei sein: Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur, Fahrradmitnahme im ÖPNV intensivieren, Fahrradabstellanlagen an geeigneten Haltestellen, wenn möglich auch Ladestationen für Elektrofahrräder, Erhöhung und Verbesserung von sicheren und geschützten Abstellanlagen im Stadtbezirk, Neuaufteilung des Straßenraums, wenn es für die Sicherheit des Radverkehrs erforderlich ist, möglichst getrennte Geh- und Radwege für ein vernünftiges Miteinander von Fußgänger- und Radverkehr, Vernetzung von Fahrrad und ÖPNV durch Digitalisierung.

Pkw-Verkehr

Auf Sicht wird der motorisierte Individualverkehr seinen hohen Anteil beibehalten, unabhängig von der Antriebsart. Die Reduzierung des urbanen Autoverkehrs wird nur dann gelingen, wenn ausreichend attraktive, das heißt bezahlbare und ausreichend verfügbare Alternativen geschaffen werden. Bis dahin müssen Autoverkehr und Infrastruktur optimiert werden, zum Beispiel durch Kreisverkehre, verkehrslenkende Maßnahmen, Ampelschaltungen, Temporeduzierungen beziehungsweise -anpassungen.

LKW-Verkehr

Die Folgen des in der Vergangenheit ständig gestiegenen LKW-Verkehrs sind in Rheinhausen nicht zu übersehen. Ganze Quartiere leiden unter den Belastungen durch immer mehr LKW, das Gefährdungspotential steigt, die Straßen werden beschädigt. Lenkungsmaßnahmen sind dringend erforderlich: Sperrung von Straßen für LKW, Lenkungsmaßnahmen, Optimierung von Fahrten sowie Kooperation mit den betroffenen und den ansässigen Firmen sind kleine Schritte, die große Lösung wird nur durch die Verlängerung der Osttangente vom Knoten Moerser/Margarethenstraße/Osloer Straße bis zur A 40-Anschlussstelle Duisburg-Homberg gelingen.

Ruhender Verkehr Pkw

Der motorisierte Individualverkehr hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Andere Verkehrsarten werden nicht in ausreichendem Maße als Alternative akzeptiert und genutzt. Weite Teile des Stadtgebietes sind für diesen hohen Motorisierungsgrad nicht gebaut. Selbst in Neubaugebieten reichen die Stellplatzkapazitäten oft nicht aus. Die Fahrzeuge stehen nicht nur auf der Straße, sondern auch auf Geh- und Radwegen, was zu Konflikten mit anderen Verkehrsarten führt und die Wegeflächen zerstört. Das verursacht Kosten für die Instandsetzung. Auch Behinderungen von Einsatz- und Rettungsfahrzeugen sowie Linienbussen in zugeparkten Straßen sind an der Tagesordnung.

Ruhender Verkehr Lkw

Der Logistik-Standort Rheinhausen verursacht erhebliche Probleme durch parkende Lkw. Mangels ausreichender Stellflächen werden die Fahrzeuge am Straßenrand abgestellt, damit die Fahrer ihre Ruhezeiten oder Fahrverbotszeiten einhalten. Die Kontrollmöglichkeiten reichen bislang nicht aus, „einfache“ Verbote führen zu Verdrängung an andere Standorte. Wir fordern bauliche Veränderungen von Abstellflächen, so dass Lkw dort nicht mehr parken können sowie den Bau eines Lkw-Autohofes entlang der Trasse Osttangente.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der motorisierte Individualverkehr trägt in erheblichem Maße zur Schädigung von Umwelt, Natur, Klima und Gesundheit bei. Ein Umstieg auf den Öffentlichen Personennahverkehr kann aber nur gelingen und wird nur dann von der Bevölkerung akzeptiert werden, wenn attraktive Alternativen geschaffen werden.

Der ÖPNV muss so aufgestellt sein, dass die Bevölkerung vorgibt, wo sie hin will und ihr nicht vorgegeben wird wohin sie fahren kann.

Der Nahverkehrsplan soll kontinuierlich auf seine Zweckmäßigkeit geprüft und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden.

Busse

Gute Anbindungen in gesamten Stadtbezirk und zu Zielen außerhalb des Stadtbezirks. Kürzere Abstände der Fahrten während des Tageszeit (höchstens 15 min) und in den Abendstunden (höchstens 30 min). Der Abendtakt sollte frühestens ab 22.00 Uhr einsetzen. Alle Haltestellen sollen barrierefrei sein. Die eingesetzten Fahrzeuge sind darauf abzustimmen.

Alle Haltestellen sollen – wie in vielen anderen Städten bereits üblich – mit digitalen Anzeigen zu den Abfahrtszeiten, Verzögerungen und Ausfällen ausgestattet werden. Wo es möglich ist, sollen die Haltestellen überdachte Wartezonen erhalten.

Ausgewählte Haltestellen sollen Fahrradabstellanlagen erhalten, um einen Umstieg zwischen den beiden umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen.

Bahn

Die vier Bahnhöfe/Haltestellen im Stadtbezirk Rheinhausen leisten einen wichtigen Beitrag für die Mobilität der Bevölkerung. Der Bahnhof Rheinhausen bietet mit den Linien RE 42, RB 31, RB 33 und RB 35 regionale und überregionale Verbindungen, zum Beispiel nach Xanten, Münster, Aachen und Essen.

Von besonderer Bedeutung für Rheinhausen ist der RB 31, dessen Betrieb in den vergangenen Monaten wegen Verspätungen und Zugausfällen Anlass zur Kritik gegeben hat. Neben Problemen des Betreibers liegt dies auch an der Streckeninfrastruktur. Hier setzt sich die CDU im interkommunalen Verbund dafür ein, dass Verbesserungen erzielt werden.

Die Linie RB 31 wird immer noch mit Dieselsechnik betrieben. Da die Trasse durch ganz Rheinhausen führt, würde eine Elektrifizierung einen Beitrag zum Umweltschutz liefern.

Die Taktzeiten sollten während des Tages auf 15 min und während der Abendstunden auf 30 min verkürzt werden. Der Abendtakt sollte frühestens ab 22 Uhr einsetzen.

Die Haltestellen Trompet, Rumeln und Rheinhausen-Ost sollen weitgehend barrierefrei gestaltet werden.

Die neue Linie RE 44 soll auch in Trompet und Rumeln halten.

Koordinierung und Verknüpfung der Verkehre

Attraktivität und Akzeptanz des Bahnverkehrs hängen auch davon ab, ob und wie die Verknüpfung mit dem Individualverkehr möglich ist. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass an den Haltestellen in Rheinhausen Stellplätze für Fahrräder, Autos und Motorräder in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen (Park & Ride Plätze). Der zunehmenden E-Mobilität soll durch Ladestationen Rechnung getragen werden.

Die CDU setzt sich ebenfalls dafür ein, dass Buslinien Haltestellen an den Haltestellen haben, um ein problemloses Umsteigen zu ermöglichen.

Infrastruktur

Straßen

Der Zustand vieler Straßen im Stadtbezirk Rheinhausen ist schlecht. Ein enormes Sanierungsprogramm muss abgearbeitet werden. Hierfür müssen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Bei den Anliegerbeiträgen sind die neuen Regelungen des KAG, die die Anwohner entscheidend entlasten, ohne Wenn und Aber zu aktivieren.

Wenn von Straßen die Rede ist, sind damit auch Radwege und Gehwege gemeint. Deren Zustand ist meist genauso schlecht.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die schwächeren Verkehrsteilnehmer beim Straßenbau beziehungsweise -umbau stärker berücksichtigt werden. Neben der Sicherheit für alle steht auch der barrierefreie Ausbau im Mittelpunkt.

Brücken

Rheinhausen ist in hohem Maße auch auf seine Brücken angewiesen. Welche Auswirkungen die Sperrung der Cölve-Brücke hat, ist allen in den vergangenen Jahren aufgezeigt worden. Hier hat sich die CDU bereits für die Behelfsbrücke und den Neubau klar positioniert. Die nunmehr eingeschränkte Nutzung der Gaterwegbrücke und deren Neubau sind ganz aktuelle Themen. Hier hat sich die CDU ebenfalls eindeutig geäußert. Rheinhausen ist im Besonderen auf funktionierende Rheinbrücken angewiesen. Die eingeschränkte Tauglichkeit der A 40-Brücke wirkt sich täglich nachteilig auf den Verkehr in und durch Rheinhausen aus. Ebenso die der Uerdinger Brücke. Durch den anstehenden Neubau der A40-Brücke besteht Hoffnung auf Entlastung im Stadtgebiet. Auch sollte der Zustand der Eisenbahnbrücke nicht aus den Augen verloren werden. Neben dem Güterverkehr hat sie auch eine große Bedeutung für den Öffentlichen Personennahverkehr in Rheinhausen mit rechtsrheinischen Zielen. Ein Ausfall würde das Verkehrsnetz empfindlich treffen.

Öffentliches Grün

Öffentliches Grün muss neben Stadtbild prägenden und ästhetischen Aspekten in höherem Maße auch ökologische Wirkungen entfalten: Raum für Tiere, Verbesserung von Luft und Mikroklima, Wasseraufnahme. Zusätzlich dienen sie der Naherholung. Öffentliches Grün hat ebenfalls Vorbildwirkung für die Bevölkerung. Die wird jedoch infrage gestellt durch Maßnahmen, die aus ökologischer Sicht nicht nachvollziehbar oder umstritten sind, wie Baumfällungen oder radikaler Rückschnitt von Sträuchern, was einer Zerstörung von Lebensräumen für Tiere gleichkommt.

Kindertagesstätten

Der Ausbau des U 3-Bereichs ist wichtig, von der CDU gewollt und wird von der Bezirks-CDU auf angemessene Realisierung überprüft. Es muss gewährleistet sein, dass Kinder unter drei Jahren feste Bezugspersonen haben und alle Kinder vielfältige Impulse und Unterstützung in ihren Bildungsprozessen erfahren. Die pädagogischen Fachkräfte müssen neben den theoretischen Fachkenntnissen hohe Handlungskompetenz aufweisen. Bei allem U 3-Engagement darf nicht akzeptiert werden, dass das Ü 3-Angebot darunter leidet. Für die CDU gilt: Jedes Kind hat vom vollendeten dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Deshalb fordert die CDU eine bessere Personalausstattung für alle Einrichtungen.

Schulen

Grundschule, Primarstufe

Die Entwicklung der Grundschule mit den geänderten Rahmenbedingungen wird von der CDU auch im Bereich der Ganztagsbetreuung positiv begleitet. An den Grundschulen sind

erkennbar bauliche Rückstände aufzuarbeiten. Insgesamt fehlt an vielen Grundschulen Personal, insbesondere für die Betreuung am Nachmittag. Für Quereinsteiger und die Eingliederung behinderter Kinder (Inklusion) stehen nicht genügend Fachkräfte/Integrationshelfer zur Verfügung.

Beim Pflichtfach „Schwimmen“ im Grundschulbereich steht fest, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen in Rheinhausen nicht erfüllt werden. Die CDU fordert das Fachamt auf, alle gesetzlichen Ansprüche sicherzustellen. Schwimmen ist nicht nur überlebenswichtig, sondern auch gesund und es fördert zudem die kindliche Entwicklung. Es unterstützt die Unabhängigkeit und stärkt die Selbstständigkeit und das Selbstbewusstsein.

Weiterführende Schulen, Sekundarstufe

Vor allem die Vielfalt der Schullandschaft muss erhalten bleiben. Die weiterführenden Schulen mit Oberstufen genießen Bestandsschutz. Alle bestehenden Schulen müssen gleichwertig unterstützt werden. Die CDU ist gegen die Bevorzugung von bestimmten Schulformen aus ideologischen Gründen.

Eines der wichtigsten Themen für die CDU ist ferner die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich Schule. Auch hier steht das Thema Qualität an erster Stelle. Um einen qualitativ hochwertigen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung durchführen zu können, müssen viele Bedingungen erfüllt sein, deshalb unsere Forderung: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Für unseren Stadtbezirk bedeutet das, dass wir unsere Gymnasien, die Gesamtschulen sowie das Willy-Brandt-Berufskolleg als tragende Säulen im Bereich der schulischen Bildung unterstützen und fördern. Die CDU im Stadtbezirk setzt sich dafür ein, dass es eine Gleichbehandlung der Schulen in Bezug auf a) bauliche Instandhaltung, b) Ausstattung (Möbiliar, Technik etc.) und c) Lehrer-/Schülerschlüssel geben muss.

Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen soll bestmöglich zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur Entfaltung ihrer Talente geholfen werden.

Dies war und ist der Anspruch der Förderschulen und daher auch zentraler Ansatz der Inklusion.

Die Umstrukturierung des komplexen Systems von sonderpädagogischen Einrichtungen und allgemeinen Schulen stellt eine große Herausforderung dar. Wir wollen einen ehrlichen Zeitplan bei der Realisierung von Inklusion im Interesse unserer Kinder/Jugendlichen. Übereilte Maßnahmen, die Qualitätsanforderungen und Ressourcenfragen außer Acht lassen, sind nicht verantwortbar.

Die CDU setzt sich für den Erhalt der Förderschulen Dahlingschule (Schwerpunkt Lernen) und Friedrich-Fröbel-Schule (Schwerpunkt Geistige Entwicklung) ein, da es sich unsere Gesellschaft nicht erlauben kann, funktionierende Systeme zu zerstören, ohne qualitativ hochwertige Alternativen anzubieten.

Senioreneinrichtungen

Die Möglichkeiten für Menschen „im dritten Lebensabschnitt“ sind mit den gegebenen Möglichkeiten, aber auch mit neuen Ideen nicht nur zu erhalten, sondern noch auszubauen. Mehr denn je verspricht dieser Lebensabschnitt Lebensfreude und Selbstbestimmtheit, Kompetenzen und Erfahrungswissen – trotz mancher gesundheitlichen Handicaps.

Wie und wo will ich im Alter leben? Was passiert, wenn ich auf Hilfe angewiesen bin?

Mehrgenerationenwohnen und altersgerechte Wohnformen sind zu fördern. Beispiele sind die neue Nutzung der ehemaligen Geestschule in Friemersheim und das Projekt ehemalige Kirchfeldschule in Rumeln (W.I.R.).

Vorbildlich zeigen sich bereits die Rumelner Hausgemeinschaften (seit 2006): Das ehemalige Rathaus in Rumeln ist das erste Altenpflegeheim in Duisburg mit einem Hausgemeinschaftskonzept. Hier wird in kleinen Gemeinschaften von maximal 13 Bewohnern gelebt, begleitet und gepflegt. In den Rumelner Hausgemeinschaften wird jeder Bewohner individuell unterstützt und dabei Wert auf eine lebendige Haus- und Mitarbeitergemeinschaft gelegt. Vorbildlich ist beispielsweise auch die Senioren-Wohnanlage Ulmenhof in Kaldenhausen (seit 1995).

Wichtig ist, dass uns die Anzahl an Seniorenbetreuungsstätten (Begegnungs- und Beratungszentren und Seniorentreffs) erhalten bleibt. Die mittlerweile in freier Trägerschaft befindlichen Seniorentreffs Hochemmerich (Hans-Böckler-Straße) und Eisenbahnsiedlung (Johannes-Büttner-Haus) wurden von der CDU mit-initiiert und werden von der CDU auch morgen noch ohne Wenn und Aber unterstützt. Es wäre ein Unding gewesen, diese Standorte einfach aufzugeben.

Insbesondere im Mittelpunkt sollen Projekte stehen, die es ermöglichen, dass Menschen möglichst lange selbstbestimmt und selbstständig leben können. Entsprechende Wohn- und Lebensformen (Bedarfsgemeinschaften) mit altersgerechten Rahmenbedingungen (Barrierefreie oder -reduzierte Wohnungen, günstige Wohnlagen, angemessene infrastrukturelle Versorgung, Verbesserung der Mobilität im Straßenraum, Steigerung des Sicherheitsgefühls) sind zu fördern.

Integration

Duisburg ist eine auch von zugewanderten Menschen geprägte Stadt. Über die Hälfte aller Duisburger Kinder hat eine Zuwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund). Die Kinder sprechen mehr als eine Sprache und sind von mehr als einer Kultur geprägt. Die CDU sieht als wesentliches Element für eine erfolgreiche Integration die Bildung an. Daher setzen wir auf Alphabetisierung, Schulabschluss und Berufsqualifikation als Grundlage einer erfolgreichen Ausbildung der eingewanderten Kinder! Erfolgreiche Integrationsarbeit muss ihren Schwerpunkt auf die Schaffung einer gemeinsamen Zukunft in unserer gemeinsamen Heimatstadt legen.

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Dieser ist geprägt von einem steten Aufeinanderzugehen, um das friedliche und gedeihliche Miteinander von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu ermöglichen und zu fördern. Um eine angespannte Situation zu entschärfen, ist, neben integrativen und somit langfristigen Maßnahmen, oftmals auch ein kurzfristiges Eingreifen der Ordnungsbehörden erforderlich.

Kontrollmöglichkeiten können aber nur dann greifen, wenn die einzelnen Behörden eng verzahnt miteinander arbeiten. Handlungsbedarf besteht auch bei der Beschleunigung von laufenden Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen in Duisburg gemeldete Tatverdächtige. Insbesondere ist sicherzustellen, dass sich Beschuldigte nicht durch Änderung der Adresse dem Strafverfahren entziehen. Verfahren, die sich über Monate hinziehen, verfehlen ihre abschreckende Wirkung. Wie erfolgreich wir dabei sind, wie gut uns Integration gelingt, wird die Zukunft unserer Stadt entscheidend prägen.

Unser Ziel ist eine zeitnahe Entflechtung der bestehenden Konzentration von Armutsflüchtlings an bestimmten Standorten und eine Verbesserung der Situation von Anwohnern und Einwanderern zur Förderung einer nachhaltigen Integration. Durch eine ständige Erfolgskontrolle mit einem jeweiligen Statusbericht zu den Problemquartieren entsteht eine von uns dringend eingeforderte Versachlichung. Die Leittragenden sind sonst die Anwohner, deren Geduld nicht länger strapaziert werden darf.

Der Gebietskörperschaft Duisburg fällt in diesem Zusammenhang die entscheidende Rolle zu, das umfangreiche und vielfältige Integrationsgeschehen in der Stadt zu koordinieren und

politisch wie gesellschaftlich mitzugestalten. Interkulturelle Urbanität durch respektvollen Umgang, gegenseitige Anerkennung und aktive Mitgestaltung des Zusammenlebens, die Akzeptanz einer sich durch Migration verändernden Gesellschaft sowie die Bekämpfung jeglicher Form von Fremdenfeindlichkeit sind die tragenden Säulen gelingender Integrationspolitik, zu denen sich die CDU ausdrücklich bekennt.

Gesundheit

Die Konzentration im Gesundheitswesen schreitet voran. Krankenhäuser und Kliniken spezialisieren sich immer mehr oder werden zu regionalen Versorgungszentren umgewandelt. Rheinhausen hat mit dem Johanniter Krankenhaus und dem Bertha Krankenhaus zwei Einrichtungen.

Bei der ärztlichen Versorgung gibt es ebenfalls einen Trend zu Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren. 2018 ging das Gesundheitszentrum am Glückaufplatz in Betrieb. Für die Patienten bedeutet das kürzere Wege, bessere Zusammenarbeit der Fachärzte und Versorgung mit Artikeln und Dienstleistungen vor Ort.

Sport

Für den Sport in Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen begrüßt die CDU angemessene Kooperationen zwischen den Vereinen mit dem Ziel, vorhandene Ressourcen besser zu nutzen, Synergie-Effekte zu ermöglichen, mithin ihre Talente für die Bevölkerung zu optimieren. Bei den Vereinen bauen sich immer mehr „to-do-Listen“ auf, die die Verantwortlichen kaum noch allein erledigen können. Es macht Sinn, dass es zwischen den Vereinen und der Öffentlichen Hand mehr Kommunikation und Hilfestellungen gibt, um zum Beispiel Strategien für eine Verbesserung der Vereinsanlagen zu entwickeln.

Durch den Wegfall der Hallenflächen „Kirchfeld“ (Rumeln), „Ulmenstraße“ (Kaldenhausen) und „Dahling“ (Friemersheim) sind die Kapazitäten merklich verknappt worden. Vereine kommen in Bedrängnis, Mannschaften können nicht mehr gebildet werden, junge Menschen wenden sich Sportvereinen jenseits der Stadtgrenzen zu. Aus diesem Grund fordert die CDU eine neue Doppelturnhalle. Als Standort bietet sich das Schulgelände Düsseldorf Straße/Schulallee an.

Den Wassersport-treibenden Vereinen am Toeppersee (Wassersportgemeinschaft Rumeln-Kaldenhausen, Brettsegler Rheinhausen, Wasserskiclub Rheinhausen) und allen an den verschiedenen Seen ansässigen Angelsportvereinen (ASV Gut Biss, ASV Kruppsee, IG der Angelfreunde Rheinhausen) ist eine angemessene Ausübung ihres Vereinszwecks sicherzustellen.

Von der Öffentlichen Hand ist für die Betreuung der Vereine ausreichend Personalkapazität vorzuhalten (Hallennutzungspläne, Antragswesen). Diese soll auch die Vereine informieren und bei Bedarf beraten.

Das neue Hallenbad am Toeppersee ist nach wie vor als Bad sowohl für Schulen und Vereine als auch für die Bürgerschaft darzustellen. Die CDU fordert eine konzertierte Aktion, um das Bad mehr in den Blickpunkt der Menschen zu rücken. Nach wie vor hält die CDU an der Idee fest, mit einer attraktiven Liegewiese das Hallenbad im Sommer zu einem „gefühlten Freibad“ werden zu lassen. Für die Versorgung der Erholungsuchenden ist Sorge zu tragen (zum Beispiel mobiler Kiosk). Da das Baden/Schwimmen in Toeppersee und Tegge verboten ist, muss darauf geachtet werden, dass Freibad-Freuden im Kruppsee auf Dauer gewährleistet sind. Dem Schwimmverein Rheinhausen muss auch weiterhin die Möglichkeit

gegeben werden, am Kruppsee seine Dienste zu angemessenen Bedingungen anbieten zu können.

Freizeit

Im Bezirk werden für die Freizeitgestaltung „vor der Haustür“ ausreichend Parks und Spielplätze vorzuhalten sein. Die CDU Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen setzen sich für barrierefreie Park- und Grünanlagen ein. Unsere Grünanlagen dürfen für Senioren, Familien mit Kindern und Kinderwagen und Menschen mit Handicap keine Hindernisse beinhalten.

Die Beschilderungen der Parkanlagen sollen mit Standortnummern und die Parkbänke mit GPS-Koordinaten versehen werden, damit im Notfall genaue Aufenthaltsorte definiert werden können und schnelle Hilfe vor Ort sichergestellt wird.

Die Spielplätze im Bezirk werden durch die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Duisburg geplant und unterhalten. Dies hat sich in den letzten Jahren im engen Dialog mit der Kommunalpolitik vor Ort und insbesondere den Kümmerern bewährt. Hier setzt sich die CDU Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen für eine Beibehaltung der Ist-Situation ein. Es ist wichtig, dass ausreichend Spielflächen zur Verfügung gestellt werden, da im Bezirk immer mehr Schulen einen Ganztagsbetrieb haben und die Schulhöfe nicht mehr, wie in der Vergangenheit im Nachmittagsbereich, allen Kinder aus der Umgebung zum gemeinsamen Spiel zur Verfügung stehen. Gleichwohl ist darauf zu achten, dass sich die Ausgestaltung der Spielplätze an den Anforderungen und Wünschen der im Umfeld lebenden Kinder und Jugendlichen orientiert. Beispiel: Ein Spielplatz, der in einem Wohngebiet mit jungen Familien und kleinen Kindern eingerichtet wird, muss mit den Kindern und deren Ansprüchen wachsen. Motto: heute ein Spiel-, morgen ein Bolzplatz.

Es ist dafür zu sorgen, dass Haustierbesitzer, insbesondere Hundefreunde, ausreichend Möglichkeiten für ein gedeihliches Miteinander von Mensch und Tier vorfinden. Konkret muss es für den Bezirk Rheinhausen mindestens vier Auslaufflächen geben. Neben den weitläufigen Möglichkeiten in Friemersheim und Rumeln-Kaldenhausen werden die beiden Standorte an der Tegge - westlich des Lohfelder Weges - und am Toeppersee dringend benötigt.

Eine älter werdende Gesellschaft verlangt auch in diesem Bereich adäquate Angebote. Senioren- oder Mehrgenerationenspielflächen sollen im Wohnungsumfeld und gut erreichbar eingerichtet werden. Ein zentraler Platz für einen ganzen Stadtbezirk ist nicht ausreichend. Eine solche Anlage am Toeppersee wird von der CDU nicht abgelehnt, doch entspricht sie wegen ihrer eingeschränkten Erreichbarkeit nicht der Absicht, den Menschen wohnungsnahen Aktivitäten und Austausch zu ermöglichen. Die CDU unterstützt deshalb alle Bemühungen, dezentrale Einrichtungen zu schaffen.

Sicherheit

Feuerwehr

Die CDU sieht die Situation der Feuerwehr im Stadtbezirk Rheinhausen derzeit kritisch. Eine marode Feuerwache 6, veraltete Räumlichkeiten und Ausstattungen der Freiwilligen Feuerwehren in Oestrum, Friemersheim, Hochemmerich und Rumeln-Kaldenhausen prägen das Bild. Planung und Bau der neuen Feuerwache 6 an der Neuen Krefelder Straße laufen seit vielen Jahren. Dass dieses Projekt nun einen neuen Schub bekommen soll, wird von der CDU begrüßt, dessen Fortschritt aber auch kritisch begleitet.

Die Sicherheit der Bevölkerung in Rheinhausen ist für die CDU von herausragender Bedeutung. Die Einsatzfähigkeit und die Ausstattung der Wachen müssen stets gewährleistet werden.

Anfeindungen und Angriffe der Einsatzkräfte im Dienst sind dabei nicht tolerierbar und müssen geahndet werden.

Polizei

Die Polizeipräsenz wird von vielen Menschen in Rheinhausen als zu gering empfunden. Die technische und personelle Ausstattung der Polizei in Rheinhausen wird einem Stadtgebiet von 77.000 Einwohnern nicht gerecht. Die CDU fordert eine angemessene, mithin höhere Präsenz in der Öffentlichkeit. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und die Angutfreiheit im öffentlichen Raum sind hohe gesellschaftliche Güter.

Denkmalschutz

Die CDU blickt mit Respekt auf die Denkmäler-Liste in Rheinhausen und Rumeln-Kaldenhausen. Sie achtet darauf, dass keines der Erinnerungen „vergessen“ wird und so substantiell in Gefahr gerät. Denkmalpflege ist ein mühsamer und aufwändiger Prozess.

Beispiele:

Ein erster Erfolg in Alt-Oestrum ist die denkmalrechtliche Unterschutzstellung des Bereichs rund um die historische Eiche. Die CDU wird die weitere städtebauliche und bauliche Entwicklung in Alt-Oestrum speziell mit Blick auf die Historie kritisch und konstruktiv begleiten.

1794 erbaut, ist die Bergheimer Mühle eine von sechs noch erhaltenen Windmühlen in Duisburg. Die Mühle ist eine sogenannte Bergholländer, von denen es in NRW nur noch ganz wenige gibt. Ihr Erhalt ist von hohem historischem Wert, wir unterstützen alle Anstrengungen, das einzigartige Bauwerk zu retten.